

Ergänzung des Positionspapiers „Gemeinsam für ein solidarisches Europa“ vor dem Hintergrund der Flucht- und Migrationsbewegungen 2015/16

(Februar 2017)

Der Zuzug zahlreicher Migranten aus osteuropäischen Nicht-EU-Staaten sowie weltweiter Flüchtlinge aus Kriegs-, Krisen- und Armutregionen nach Deutschland bzw. in andere EU-Staaten hat zu neuen Zerreißproben innerhalb der Europäischen Union geführt. Die Flucht- und Migrationsbewegungen insbesondere über die sogenannte „Balkanroute“, die Diskussionen über Aufnahmequoten von Flüchtlingen in den EU-Staaten und über sichere Herkunftsstaaten in Mittel- und Osteuropa fordert auch die Solidaritätsaktion Renovabis zur Stellungnahme heraus.

Zum Kontext der Diskussion

Weltweit sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht bzw. befinden sich auf der Migration in andere Länder. Nach Deutschland kamen im Jahr 2015 1,1 Millionen Zuwanderer, die meisten aus Syrien, gefolgt von Rumänien und Polen, Afghanistan und Bulgarien. Noch immer kommen die meisten Zuwanderer aus europäischen Staaten (vgl. BAMF, Migrationsbericht 2015).

In Deutschland hatten 2015 21% der Bevölkerung oder 17,1 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund (Statist. Bundesamt Mikrozensus 2015). Sie bringen ihre unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründe mit und stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Anwesenheit und die Integration vieler Migranten aus anderen Kulturen und Ländern gehört in Deutschland schon seit langem zum Alltag. In Zukunft darf kein trennendes Neben- und Gegeneinander entstehen, damit die Integration der Zugezogenen gelingen kann.

Die meisten mittel- und osteuropäischen Länder sind noch mit den Folgen der kommunistischen Vergangenheit, teilweise auch kriegerischer Konflikte, beschäftigt. Für sie sind Menschen mit Migrationshintergrund noch keine Normalität und wecken Ängste. Auch gibt es in Osteuropa viele Menschen, die zu den Verlierern des Systemwechsels zählen, die immer noch in Armut leben und sich durch Zuwanderung bedroht fühlen.

Die meisten osteuropäischen Nicht-EU-Staaten sind inzwischen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Serbien, Montenegro). Zahlreiche Menschen von dort, die nach Deutschland kommen, sind aber keine „Wirtschaftsflüchtlinge“, sondern wurden in ihrer Heimat oft stark diskriminiert, fliehen vor „Blutrache“ oder kriminellen Machenschaften, vor denen der Staat sie nicht schützt. Seit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten werden sie in einigen Bundesländern in Abschiebeeinrichtungen untergebracht. Kindern wurde das Recht auf Schulbildung erst nach einer Klage gewährt. Die auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes nur rudimentäre Gesundheitsversorgung ist noch mehr eingeschränkt. Die durch das deutsche Asylrecht auch im Fall sicherer Herkunftsstaaten vorgeschriebenen Einzelfallprüfungen werden oft nicht in ausreichender Tiefe durchgeführt. Menschen werden abgeschoben, denen der Tod droht (z. B. aufgrund fehlender medizinischer Behandlung oder fehlendem Schutz vor „Blutrache“ in Albanien). Es werden Menschen in die Obdachlosigkeit oder in diskriminierende Strukturen in ihren Heimatländern abgeschoben, darunter auch Angehörige der schwer benachteiligten und ausgegrenzten Roma-Minderheiten.

Angesichts der globalen Flucht- und Migrationsbewegungen hat Papst Franziskus vor einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ gewarnt. Seine Worte in der Rede vor dem Europäischen Parlament am 25. November 2014 werden noch lange gelten:

„Gleichermaßen ist es notwendig, gemeinsam das Migrationsproblem anzugehen. (...) Europa wird imstande sein, die mit der Einwanderung verbundenen Problemkreise zu bewältigen, wenn es versteht, in aller Klarheit die eigene kulturelle Identität vorzulegen und geeignete Gesetze in die Tat umzusetzen, die fähig sind, die Rechte der europäischen Bürger zu schützen und zugleich die Aufnahme der Migranten zu garantieren; (...). Es ist notwendig, auf die Ursachen einzuwirken und nicht nur auf die Folgen.“

Renovabis-Positionen

Die Ursachen von Flucht und Migration in den Herkunftsländern der Migranten müssen entschieden bekämpft werden. Renovabis fordert, dass bei Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung die Länder im Osten Europas nicht vergessen werden. Renovabis leistet durch seine Projektarbeit in den osteuropäischen Partnerländern auch selber einen Beitrag dazu.

Die Herausforderungen durch Flucht und Migration nach Europa und innerhalb Europas können nur in gemeinsamer europäischer Solidarität bewältigt werden. Wir fordern unsere Partner, aber auch die politisch Verantwortlichen in Osteuropa auf, die Not der Flüchtlinge und Migranten zu erkennen und ihnen nach Maßgabe des ihnen Möglichen zu helfen.

Zugleich verpflichten wir uns, den Dialog mit unseren osteuropäischen Partnern fortzusetzen und zu vertiefen und sie in ihrer Solidarität mit Menschen auf der Flucht zu unterstützen. Zur Förderung dieses Dialogs werden wir weiterhin die Begegnung von Menschen, den Austausch von Fachkräften und Studenten und viele andere gemeinsame Aktionen unterstützen.

Renovabis steht für die Garantie und Einhaltung des Asylrechts. Die Einstufung von Ländern (z. B. der Westbalkanländer) als sichere Herkunftsstaaten darf nicht zur Aufhebung oder Einschränkung des Asylrechts führen. Auch Bürger/innen aus sicheren Herkunftsstaaten müssen das Recht auf Asyl – als ein vom Grundgesetz (Art. 16a) garantiertes Individualrecht und nach den Bestimmungen dieses Artikels – geltend machen können. Die dafür geltenden Einzelfallprüfungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) müssen sachangemessen und in notwendiger Tiefe durchgeführt werden. Die Praxis der Abschiebeeinrichtungen hat die Grundrechte zu beachten. Insgesamt ist das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten fortlaufend daraufhin zu überprüfen, ob es diesen Anforderungen gerecht wird.

Die neuen Herausforderungen durch Flucht und Migration erfordern eine Weiterentwicklung der europäischen Regelungen. Renovabis fordert in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Die Dublin-Abkommen bedürfen der Überarbeitung, belastbare gemeinsame Asylstandards und -prozeduren müssen vereinbart werden. Auch das Schengen-Abkommen, das während der „Flüchtlingskrise“ von 2015/2016 durch einzelne Staaten ausgesetzt wurde und daher in seiner Funktionsfähigkeit fragwürdig geworden ist, bedarf der Überprüfung.

Eine gemeinsame Linie europäischer Politik und Solidarität angesichts des Migrationsdrucks und der anhaltenden Fluchtbewegungen erfordert auch die Entwicklung neuer Regeln zur legalen Einwanderung in die Länder der EU, um zusätzliche legale Zugänge für Arbeitsmigranten zu schaffen und die Aufenthaltsmöglichkeiten bedrohter Menschen zu erweitern.

Renovabis bekräftigt seine Feststellung aus dem Positionspapier von 2014: Wir stehen gegen Fremdenfeindlichkeit und die Ausgrenzung von Migranten. Die Migrationsprozesse in Europa gehören zu den größten Erfolgen wie auch zu den größten Herausforderungen unserer jüngsten Geschichte. Von zentraler Bedeutung ist eine erfolgreiche Integration und Inklusion der zugewanderten Bevölkerung in die Gesellschaft.